

Zunächst gilt mein ausdrücklicher Dank unserer Kämmerei und der gesamten Verwaltung. Der vorgelegte Haushalt ist fachlich sauber, transparent und nachvollziehbar aufgestellt. Auch wenn uns die Zahlen nicht erfreuen, zeugen sie doch von einer ehrlichen und realistischen Bestandsaufnahme der finanziellen Lage unserer Stadt Halver.

Der Haushaltsentwurf für 2026 weist ein Defizit von rund 6,6 Millionen Euro aus. In den Folgejahren verbessert sich das Ergebnis rechnerisch, doch spätestens 2028 sind unsere Rücklagen vollständig aufgebraucht. Damit droht uns ein genehmigungspflichtiger Haushalt und das bedeutet: eingeschränkte kommunale Selbstverwaltung, engere Kontrolle durch die Aufsichtsbehörde, wenig Spielräume für freiwillige Leistungen, erschwerte Investitionen und am Ende weniger Gestaltungskraft für unsere Stadt.

Unser gemeinsames Ziel muss daher klar sein:

Halver muss handlungsfähig bleiben.

Eine Haushaltssicherung wäre aus Sicht der SPD der falsche Weg. Sie zwingt uns in ein Korsett, das notwendige Entwicklung verhindert. Wir wollen nicht verwaltet werden, wir wollen gestalten. Gerade in schwierigen Zeiten braucht es kommunale Handlungsfähigkeit für Infrastruktur, Bildung und Lebensqualität.

Die Zahlen sind eindeutig:

53 Millionen Euro Einnahmen stehen 59,6 Millionen Euro Ausgaben gegenüber. Gleichzeitig liegt eine umfangreiche Projektliste für die kommenden Jahre vor. Die zentrale Frage lautet daher nicht nur: Was wünschen wir uns? Sondern vor allem: Was können wir uns leisten und zu welchem Zeitpunkt?

Die strukturellen Ursachen unseres Defizits sind bekannt. Wieder mal ins Auge fällt die Kreisumlage, die einen erheblichen Teil unseres Haushaltes bindet. Sie liegt deutlich über unserem jährlichen Defizit. Direkten Einfluss haben wir darauf nicht, nur mittelbar über unsere Vertreter im Kreistag. Wir setzen darauf, dass die angekündigten Konsolidierungsmaßnahmen auf Kreisebene Wirkung zeigen. Doch realistisch betrachtet wird uns das kurzfristig nicht entlasten.

Deshalb müssen wir den Blick auf unsere eigene Verantwortung richten.

Der eingeführte Investitionsdeckel in Höhe von fünf Millionen Euro ist ein wichtiges Steuerungsinstrument. Er zwingt uns zu Prioritäten und genau das ist richtig. Innerhalb der Verwaltung wurden bereits Einsparpotenziale geprüft und Vorschläge erarbeitet. Dieser Prozess verdient Anerkennung.

Gleichzeitig stehen zwei große, nicht aufschiebbare Projekte an: der Baubetriebshof sowie das Feuerwehrgerätehaus Oberbrügge/Ehringhausen. Diese Investitionen sind keine Luxusvorhaben, sondern Pflichtaufgaben. Sie dienen der Sicherheit, der Infrastruktur und der Funktionsfähigkeit unserer Stadt. Ein „Ob“ stellt sich hier nicht, sondern lediglich ein verantwortungsvolles „Wie“.

Fördermittel von Bund oder Land wären hilfreich, doch sie sind nicht in Sicht. Deshalb dürfen wir unsere Zukunft nicht von Hoffnungen abhängig machen. Wir müssen selbst Verantwortung übernehmen.

Dabei stehen wir in einem Spannungsfeld: Bund, Land, Kreis, Kommunen, Unternehmen und private Haushalte. Alle stehen unter finanziellem Druck. Dennoch dürfen wir die Lasten nicht einseitig in die Zukunft verschieben. Wir tragen Verantwortung gegenüber der nächsten Generation.

Deshalb haben wir intensiv über die Einnahmeseite diskutiert, auch über mögliche Anpassungen bei Steuern und Abgaben. Das sind keine leichten Entscheidungen. Aber solide Finanzpolitik bedeutet, Lasten fair zu verteilen, statt Probleme zu vertagen.

Das Thema „Steuererhöhungen“ ist kein Thema, mit dem man sich gerne beschäftigt. Gleichwohl sollten wir der Verwaltung eine weitere sorgfältige Überprüfung in den kommenden Jahren empfehlen, um frühzeitig gegensteuern zu können, wenn es notwendig ist. Und nach derzeitigem Stand wird dieser Zeitpunkt kommen.

Für die SPD Halver ergibt sich daraus ein klarer Kurs, ein „Kleeblatt“ aus vier Elementen:

- **Solide Haushaltsplanung mit klaren Prioritäten**
- **Verantwortungsvolle Verbesserung der Einnahmeseite**
- **Konsequente Kostenkontrolle und Ausgabendisziplin**
- **Vermeidung eines genehmigungspflichtigen Haushalts und Erhalt unserer kommunalen Selbstverwaltung**

Dieser Haushalt ist kein Wunschhaushalt. Er ist ein Verantwortungshaushalt.

Die Beratungen waren konstruktiv und von gegenseitigem Respekt geprägt. Unterschiedliche politische Positionen gehören zur Demokratie, aber am Ende müssen wir Entscheidungen treffen.

Für die SPD-Fraktion steht fest:

- **Wir übernehmen Verantwortung.**

- **Wir wollen Handlungsfähigkeit sichern.**
- **Wir wollen Gestaltungsspielräume bewahren.**

Die SPD-Fraktion wird dem Haushalt 2026 einschließlich der im Hauptausschuss vereinbarten Änderungen zustimmen.

Lassen Sie uns bei allen notwendigen Sparanstrengungen nicht nur bis zur nächsten Wahl denken, sondern bis zur nächsten Generation.

Vielen Dank.